

BERLIN  
Mittwoch  
27. Juli  
1932

Redaktion u. Expedition:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Tel. A 7 Dönhoff 292-297

Erscheint täglich außer Sonntags  
zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis  
für beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 2,25 M. pro  
Monat (davon 57 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus)  
im voraus zahlbar. Postbezug 2,97 M. einschließlich  
60 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Postbestellgebühren.

# Der Arbeiter

10 Pf.

Nr. 350  
B 170

49. Jahrgang

Spätausgabe des „Vorwärts“

Einzelnenpreis:  
Die 1. Hft. Mitt-  
wöchentlich 30 Pf.  
Die Restausgabe  
kostet 2 Mark.  
Abgabe n. Zeitf.



## Reichsrat gegen Papen!

### Rechtsverwahrung der Länder gegen das Vorgehen in Preußen

Heute morgen fand im Reichsrat eine Ausschuss-  
sitzung statt, bei der die Mehrzahl der vertretenen  
Länder eine Rechtsverwahrung gegen das  
Vorgehen der Reichsregierung gegen  
Preußen abgegeben hat.

Da eine Abstimmung nicht in Frage kam, wird  
die Erörterung voraussichtlich in der heute nach-  
mittag stattfindenden Ausschusssitzung des Reichs-  
rates fortgesetzt werden.

### Breuer endlich frei!

Denunziation schmählich zusammengebrochen.

Genosse Robert Breuer ist heute mittag endlich  
in Freiheit gesetzt worden! Als Opfer einer  
niederträchtig verlogenen Denunziation wurde er  
am Sonnabendmorgen in Schutzhäft genommen. Ob-  
gleich die Haltlosigkeit der Anschuldigungen gegen  
ihn sofort erwiesen werden konnte, wurde er nicht in  
Freiheit gesetzt!

Noch gestern, nach dem Ende des Belagerungs-  
zustandes, wurde er durch bürokratische Nadelstich-  
politik weiter in Polizeihäft gehalten.

Heute gegen mittag hat der Vernehmungsrichter  
beim Polizeipräsidenten den Freilassungsbefehl unter-  
zeichnet. Beim Oberreichsanwalt schwebt noch ein  
Ermittlungsverfahren wegen angeblichen Hochver-  
rats, eine Voruntersuchung ist jedoch nicht eingeleitet!

Es wird alles getan werden, um den schmutzigen  
Denunzianten verdienter Strafe zuzuführen.

Auf zur Abrechnung! Her zur Sozialdemokratie!

### Nach der Befreiung.

Bei seiner Haftentlassung wurde Genosse Robert Breuer mit  
stürmischen Freiheitsrufen empfangen. Genosse Breuer fuhr  
vom Polizeipräsidenten nach dem „Vorwärts“-Haus. In seiner ersten  
Unterredung mit uns nach der Haftentlassung sagte er uns:

Wenn ich die Rede gehalten hätte, wie sie dieser Spiegel und  
Fälscher in der „Berliner Botschaft“ veröffentlicht hat, dann  
hätte mich der Versammlungsleiter, Genosse Steinhofel, sofort unter-  
brochen und in eine Gummizelle abführen lassen. Denn nur wenn  
ich irrsinnig geworden wäre, hätte ich so reden können, wie man es  
mir unterstellt.

Beim Morgengrauen hat man mich wie einen Schwerverbrecher  
durch vier Mann aus dem Bett geholt.

Als ich den Grund des Kommens erfuhr, war mir sofort klar, daß  
das Verfahren gegen mich in Nichts zerfließen müsse.  
Ich habe während der Tage trotz der vielen inquisitori-  
schen Verhöre die Nerven nicht verloren. Das Ergebnis der  
Aktion gegen mich ist eine Blamage für die Menschen,  
die sie in die Wege geleitet haben und wird eine  
Blamage bleiben. Das Verhalten der Beamten des Polizei-  
präsidiums war sehr korrekt und, soweit es ihre Dienstpflichten zu-  
liehen, außerordentlich entgegenkommend.

Breuer, der im „Vorwärts“-Gebäude mit stürmischen  
Freiheitsrufen empfangen wurde, ist voller Kampfesmut und  
wird die letzten Tage mit doppelter Kraft im Wahlkampf für die  
Freiheit seines Mann stehen.

Nun erst recht: Freiheit!!!

### Die Katastrophe der „Niobe“

69 Todesopfer ruhen auf dem Offseeegrunde bei Fehmarn

Kiel, 27. Juli.

Nach einem Bericht des Kapitäns des Hamburger  
Dampfers „Therese v. M. Ruh“ lag die „Niobe“  
in 18 000 Meter Entfernung unter Segel bei Fehmarn-  
Velt-Feuerschiff, als eine dunkle Wolke auftauchte.  
Der Kapitän erzählt: Das Schiff segelte über Vordor-  
bug, wie es auch über Vordorbug kenterte.  
Ich sah, wie an Bord der „Niobe“ das Signal hochging

Die Rettungsboote eilten nach der Unfallstelle hin und  
begannen dort mit der Bergung der im Wasser schwimmenden  
Menschen. Von Bord des Feuerschiffes Fehmarn-Velt war auch  
ein Rettungsboot gekommen, das sich an den Rettungsarbeiten be-  
teiligte.

Vom Kentern bis zum Sinken des Schiffes vergingen nur zwei  
bis drei Minuten.

Alle Offiziere, bis auf den Kommandanten und den Ersten Offizier  
sind ertrunken. Die im Wasser treibenden Menschen waren gute  
Schwimmer. Sie haben sich teilweise über eine Stunde  
schwimmend an Riemen usw. gehalten. Einer der  
Geretteten stand in Lee vor der Kombüse, und beim Kentern des  
Schiffes wurde er von tosendem Wasser überbrüht und vollständig  
verbrannt. Aber auch dieser konnte gerettet werden. Einem der  
Geretteten war der rechte Arm ausgekugelt. Von den Leuten sind  
eigentlich nur die an Deck befindlichen gerettet  
worden. Sechs Mann kamen nach aus dem Zwischendeck heraus  
und konnten gerettet werden. Die Leute befanden sich beim  
theoretischen Unterricht im Zwischendeck. Zu diesem Zweck waren  
die Baden und Banken heruntergeschlagen worden. Inzwischen war  
ein Schnellboot herbeigeleitet. Der Kommandant konnte  
seinen eigenen Bruder, Oberleutnant Lott retten.  
Wir kreuzten nach vier Stunden an der Unfallstelle, konnten aber  
nichts mehr feststellen als aufsteigende Blasen und einen Delfin.  
Das untergegangene Schiff liegt auf 20 Meter unter Wasser. Bojen  
sind ausgeworfen worden, und es besteht die Möglichkeit, das Schiff  
in kurzer Zeit zu heben. Die Bergungsarbeiten sind schon in die  
Wege geleitet worden.

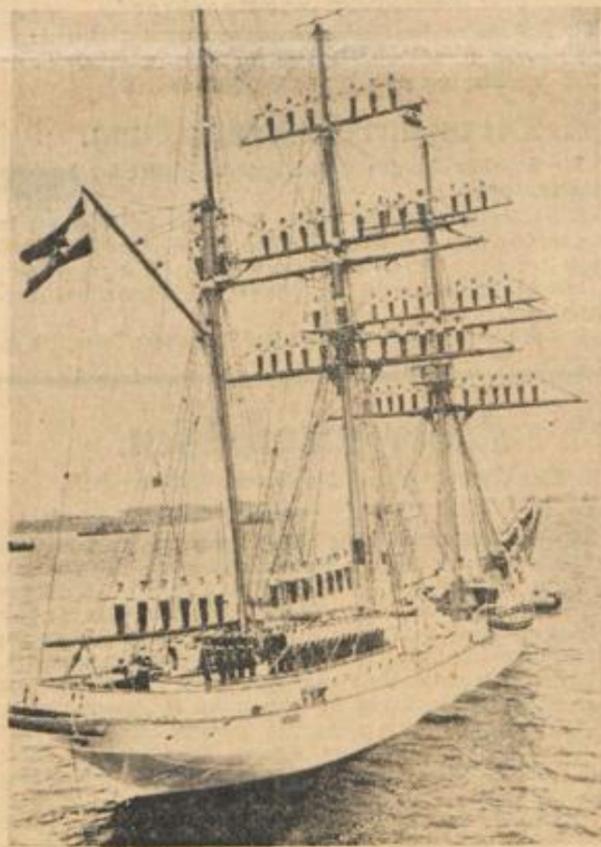
### Die Namen der 69 Toten.

Die Liste der Vermissten des Schulschiffes „Niobe“ enthält fol-  
gende Namen: Kapitänleutnant Engel; die Oberleutnants zur See  
Reinhard und Schiffer; Marinearzt Dr. Sander; Marineober-  
zahlmeister Schirman; Oberbootsmann Tamm; Oberbootsmanns-  
maat Eul; Matrosengefreiter Krogmann; die Obermatrosen Ge-  
freiter Cammers und Koester; Signalfreigeleiter Bebernis; Ober-  
funkfreiler Kocher; Zimmermeisterfreiler Kuschowski; Obermaat  
Kreishmer; Oberverwaltungsgeleit Engels; Maschinist Kirchstein;  
Oberheizerfreiler Sprid; Obersanitätsgeleit Stod; die Oberboots-  
mannsmaat Habermann, Loff und Morih; Bootsmannsmaat  
Will; Oberfunkfreiler Müller; Signalfreiler Kreise, Krauf,  
von Cemmern, Gued und Rothe; Oberfunkgeleit Sadel; Ober-  
matrosengefreiler Schulz; Signalfreiler Jenfisch; Matrosengefreiler  
Sänger; die Matrosen: Andersen, Busch, Freigang, Steiger, Gerlach,  
Gruner, Hofmann, Hoyer, Krellenberg, Leisewitz, Luegel, Manfeld,  
Misenbach, Otten, Pfeiffer, Plochy, Pietsch, Rudloff, Schlagenfeldt,  
Schmidt (Hans Günther), Schmidt (Dimitri), Schrewe, Schulz,  
Spehler, von Türke, Vogler, Weismüller, Göing, Rinau; die Frei-  
willigen der Sanitätsabteilung der Marine: von Albedyhl, Brunf,  
Dr. med. Gelhaar, Gutzjahr, Kruse, Renner, Heitmann und der  
Zivillangestellte Hamel.

### Ein beispielloser Untergang.

Kiel, 27. Juli. (Eigenbericht.)

Der beispiellose Untergang des Schulschiffes „Niobe“ hat auch in  
den sachmännischen Kreisen das größte Aufsehen hervor-  
gerufen. Die „Niobe“ hatte schon viel schwerere Unfälle erlebt, als  
das bei Fehmarn, ohne überhaupt nur in die Gefahr des Kenterns  
zu kommen. Sie galt fast als unkentbar. Es ist daher auch kein  
Wunder, daß die Schuldfrage schon jetzt lebhaft erörtert wird;  
es sind immerhin 69 Tote, die auf dem Meeresgrund liegen. Daß



Das Unglücksschiff „Niobe“

„Wo kommen Sie her, wo gehen Sie hin?“ Das Signal  
war mir nur für Sekunden sichtbar, dann war es nicht  
mehr zu sehen. In demselben Augenblick setzte eine  
schwere Gewitterbö ein bis zu Windstärke 9. Ich  
sah, wie die Bö in die Segel der „Niobe“ einfiel und wie  
das Schiff kenterte. Ich fuhr sofort mit äußerster  
Kraft nach der Unfallstelle hin. Während dieser Fahrt  
machte ich meine Rettungsboote klar. Alle Leute, die  
mir zur Verfügung standen, gingen in die Rettungsboote,  
so daß ich als Kapitän und der Koch allein auf der Kom-  
mandobrücke standen.

# Appell im Stadion Neukölln, Leinestr.

## Freitag, 19 Uhr: ROBERT BREUER spricht.

die Belastung des Schiffes einwandfrei war, wird allgemein festgestellt. In einem Belastungsmangel lag die Ursache zur Katastrophe also nicht. Ebenfalls ist sie auf eine örtliche Unkenntnis des gereinigten Kommandanten zurückzuführen, so daß einzig die Möglichkeit bleibt,

daß entweder das Anwerter zu überraschend kam oder das Kommando zum Bergen der Segel zu spät erfolgte.

Hier allein kann eine Klärung der evtl. Schuldfrage versucht werden, und hier dürfte auch der Angelpunkt der beschleunigt stattfindenden Verhandlung vor dem Kriegsgericht liegen.

Zum äußeren Ausdruck der Trauer haben auch die Republikaner in der Stadt ihre schwarzrotgoldenen und Freiheitsfahnen auf Halbmast gehißt.

## Die Geretteten im Kieler Hafen.

Kiel, 27. Juli.

Am Mittwoch morgen gegen 12½ Uhr ist der Kreuzer „Königsberg“ mit den 40 Geretteten der „Niobe“, die er vom Kreuzer „König“ übernommen hatte, in den Kieler Hafen eingelaufen und ankernd vor der Wit. Die Geretteten werden in der Kaserne in der Wit untergebracht. Der Inspektor des Bildungswesens ist mit dem Kreuzer heringekommen und wird der Marineleitung Bericht geben. Der Steuermann Garte und der Oberschreiber, Gertner Rehlfelder, befinden sich nicht an Bord und gehören demnach zu den Ueberlebenden.

## Untersuchung: Niemand hat Schuld.

Kiel, 27. Juli.

Die Admirale Albrecht und Kolbe haben gestern am Ort des Unterganges der „Niobe“ im Fehmarn-Belt die Untersuchung über die Katastrophe geleitet und dabei festgestellt, daß niemanden, weder den Kommandanten noch irgendein Besatzungsmitglied, eine Schuld an dem Untergang der „Niobe“ trifft. Die Gewitterbö, die dem Schiff zum Verhängnis wurde, trat mit so plötzlicher Stärke ein, daß das auf der Seite liegende Schiff durch kein Manöver wieder aufgerichtet oder an den Wind gebracht werden konnte. Die Ereignisse haben sich in Bruchteilen von Sekunden abgepielt, wofür auch zeugt, daß der Befehl des Kommandanten, Schwimmwesten anzulegen und die Boote klar zu machen, nicht mehr befolgt werden konnte. Die Darstellung einer Kieler Zeitung, daß die „Niobe“ zum Ziel Segel geleht habe, wodurch der Unfall hervorgerufen worden sei, trifft nach den Ermittlungen der Reichsmarine nicht zu. Wie bekannt wird, sind bereits Verhandlungen wegen einer Hebung der „Niobe“, die in etwa 20 Meter Tiefe liegt, im Gange.

## Beleidigtelegramme.

Der Reichspräsident und die Regierungen der Länder haben der Reichsmarineleitung und dem Reichswehrministerium aus Anlaß des Unterganges des Schulschiffes „Niobe“ Beleidigtelegramme gesandt. Das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ sandte folgendes Telegramm: „Zu dem schweren Unglück, das die deutsche Reichsmarine durch Untergang des Schulschiffes „Niobe“ betroffen hat, spricht das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ in dessen Reihen sich Zehntausende alter Marineangehörige befinden, aufrichtigstes Beileid aus. Bundesvorstand. J. A.: Karl Höllermann.“

## Severings Anflage.

### Regierung Papen muß schweigend bestätigen.

Zu dem aufsehenerregenden Artikel Carl Severings weiß die Reichsregierung vorläufig überhaupt nichts zu sagen. Sie gibt sogar zu, daß zur Zeit der berühmten „Besprechung“ in der Reichskanzlei bereits Dr. Bracht durch sein Büro anfragen ließ, ob er den Leiter der preussischen Polizeiabteilung, Ministerialdirektor Dr. Klausener, kurz nach 10 Uhr antreffen würde.

Damit wollte Dr. Bracht, so wird erklärt, nur den „reibunglosen Uebergang der obersten Leitung der preussischen Polizei an das neue Regime sichern“, nämlich unmittelbar nach Uebergabe der Geschäfte durch den preussischen Innenminister, die von der Besprechung in der Reichskanzlei erwartet wurde.

Zu der Preußenaktion zugunsten der Arbeitslosen und Sozialrenner weiß die Regierung nichts zu sagen!

## Der Nazi droht...

### Am Montag soll der Kanzler abgesetzt werden.

In einer nationalsozialistischen Versammlung am gestrigen Dienstag (26. Juli), erklärte der Redner Rotzschke wörtlich: „Wenn ihr angegriffen und beleidigt werdet von dem Nordseindeln, verteidigt euch so, daß ihr die stärkeren seid. Mit welchen Mitteln ist uns egal. Wir verlangen, daß die Straße den Nationalsozialisten gehört. Bis Sonntag soll Papen die Geschäfte führen, am Montag aber die politische Macht an Adolf Hitler abgeben. Will man uns die Macht nicht geben, sind wir bereit, uns diese Macht zu nehmen. (Lofender Beifall.) Es ist unser heiliger Wille, die Macht mit denselben legalen Mitteln zu erkämpfen, wie die Männer am 9. November 1918. Nicht der Landesverrat, sondern der nationalsozialistische Wille wird Laufpate der Machtübernahme sein. In den nächsten Tagen kann kommen, was will, wir werden mit aller Abgekärtheit die Schlacht schlagen, ob mit Wahl oder ohne Wahl. (Lofender Beifall.) Ende August soll dieses Hakenkreuzbanner als Staatsflagge vom Reichspräsidentenpalais wehen. Wir lehnen die Farben Schwarz-Rot-Gold ab als die Farben der Korruption. Wir werden mit eisernem Besen, mit Brutalität aufräumen.“

## Sabotage der Brüning-Rundgebung.

### Nazis streuen falsche Gerüchte aus.

Die Deutsche Zentrumsparterie teilt mit: „Von nationalsozialistischer Seite wird die Nachricht verbreitet, die Zentrumsparterie habe den Reichskanzler a. D. Dr. Brüning zurückgezogen und Dr. Brüning werde in der Rundgebung im Sportpalast am Freitagabend nicht sprechen. Weiter wird das Gerücht verbreitet, die Sportpalast-Rundgebung würde überhaupt nicht stattfinden.“

Diese Gerüchte sind unzutreffend; die Sportpalast-Rundgebung wird selbstverständlich stattfinden und Dr. Brüning wird dabei sprechen.“

# Brüderliche Solidarität

## Rundgebungen aus der Internationale

Aus der Fülle von Rundgebungen der Bruderparteien jenseits der Reichsgrenze haben wir bereits die der spanischen, britischen, holländischen und deutschösterreichischen Sozialdemokratie wiedergegeben. Hier folgen die Adressen der Sozialdemokratischen Arbeiterparteien Belgiens und Ungarns sowie eine Rundgebung aus der Tschechoslowakischen Republik.

## Die belgische Adresse.

An die deutsche Sozialdemokratie!

Im Namen der Belgischen Arbeiterpartei und angeregt durch das Beispiel der Britischen Labour Party richten wir an euch diese Botschaft:

Seitdem die Sozialistische Arbeiterinternationale 1924 in Hamburg wieder aufgerichtet wurde, haben die deutsche und die belgische Partei so enge und so häufige Beziehungen unterhalten, daß es überflüssig wäre, ihre Solidarität im Kampfe für die Demokratie und den Sozialismus zu betonen.

Dagegen gibt es etwas, was unter den gegenwärtigen Umständen vielleicht recht nützlich ist auszusprechen:

In Belgien hegt die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung ohne Unterschied der politischen Partei die Hoffnung, daß die Wahlen am 31. Juli die demokratischen und republikanischen Errungenschaften in Deutschland beseitigen wird.

Das belgische Volk ist von tiefstem Friedenswillen erfüllt. Sein leidenschaftlicher Wunsch geht dahin, in Frieden und Freundschaft mit allen seinen Nachbarn zu leben. Aber es erkennt klar die

gefährliche Drohung, die für ganz Europa darin liegen würde, wenn in Deutschland die Parteien der reaktionären Gewalt triumphierten, die sich bereits durch Bürgerkriegshandlungen auf das Massenverbrechen eines neuen Krieges vorbereiten.

Deshalb stehen alle, die in Belgien nicht nur korrekte, sondern auch vertrauensvolle Beziehungen zu Deutschland wünschen, mit ihrem Herzen auf der Seite jener Parteien, die die Weimarer Verfassung schützen, und sie sind gegen jene Parteien, die diese Verfassung bedrohen.

Wir Sozialisten haben das klare Bewußtsein, daß unsere Sache mit eurer Sache identisch ist, daß euer Kampf für die Freiheit inmitten der schwersten Gefahren ein Kampf für die Freiheit aller ist. Wir grüßen die Berkämpften Deutschlands, deren tagtägliche Handlungen und Opferprachtvoll beweisen, daß sie sich das wunderbare Wort zu eigen machen:

„Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,  
Der täglich sie erobern muß.“

Für die Belgische Arbeiterpartei:

Die Delegierten zur Exekutive der Sozialistischen Internationale:  
Emile Vanderveelde, Louis de Broeckere,  
Camille Hysmans.

Der Generalsekretär: van Rosbroeck.

Die Vorsitzenden der Fraktionen in der Deputiertenkammer  
und im Senat:

Max Hallet, Henry La Fontaine.

## Die ungarische Rundgebung.

Die Sozialdemokratische Partei Ungarns schreibt der deutschen Sozialdemokratie:

Mit wärmster Liebe und tiefster Solidarität betrachtet das in der ungarischen Sozialdemokratischen Partei organisierte Proletariat den heroischen und großzügigen Kampf, den die deutsche Schwesterpartei für Freiheit, Demokratie und Verfassung führt.

Uns sind diese Kämpfe nicht unbekannt. Dreizehn Jahre sind es,

## Hitler ausgepiffen.

### Der Empfang durch die Geraer Arbeiterschaft.

Gera, 27. Juli. (Eigenbericht.)

Als am Dienstagmorgen das Flugzeug mit Hitler in Gera gelandet und Hitlers Auto die Straßen entlangfuhr, wurde er von der Geraer Arbeiterschaft gebührend begrüßt. Schon von weitem gelagten sich ihm auf dem Flugplatz die drei Pfeile der Eisernen Front. An der Straße standen dicht gedrängt die Arbeiter Geras, die „den Führer“ mit einem Pfeifkonzert begrüßten, das ihm noch lange in den Ohren klingen wird. Die Heilrufe der Nazis gingen in den stürmischen Niederrufen der Arbeiter unter, die trotz ihrer Erbitterung musterhafte Disziplin bewahrten.

Die SS. provozierte einen blutigen Zusammenstoß. Hitler selbst gab den Befehl zum Dreinschlagen. Die SS. sprang vom Auto und schlug auf die Menge mit Hundepetischen ein. Auch in der Stadt Gera selbst kam es zu Zusammenstößen; die Polizei schlug mit Karabinern auf die Menge ein. Ein Dugendlicher wurde niedergeschlagen. Der Menge hatte sich eine ungeheure Erregung bemächtigt. Herr Hitler zog es vor, seinen geplanten Flug nach Hildburghausen aufzugeben. Er gab der Flugleitung telefonisch die Anweisung, die Flugzeuge nach Erfurt zurückzubehalten. Er selbst trat die Weiterreise im Kraftwagen an.

## Geplänkter Wahlschlager.

### „Entdeckungen“ bei Hugenbergs.

Die Hugenberg-Presse versucht jetzt mit einem „jugtrügigen“ Wahlschlager aufzuwarten. Sie berichtet über einen „Wahlgelder-Scandal der abgesetzten preussischen Regierung“.

Danach will die Hugenberg-Presse „von einer sehr zuverlässigen Stelle“ — wahrscheinlich Herrn Bracht — erfahren haben, daß das preussische Staatsministerium den Regierungsparteien für die Preußenwahlen einen Betrag von zwei Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat.

Dieser Betrag wurde angeblich durch die Erhöhung des „Fonds zur Bekämpfung des Verbrechertums“, der mit 260 000 Mark festgesetzt ist, bereitgestellt.

Un den Behauptungen der Hugenberg-Presse ist lediglich so viel wahr, daß die preussische Regierung angeichts der Ersparung des Verbrechertums im April beschlossen hat den „Fonds zur Bekämpfung des Verbrechertums“ zu erhöhen. Es handelt sich hier um einen Eoventualbeschuß, der unseres Wissens nie-

daß unsere Partei mit der Reaktion ununterbrochen zu ringen hat, und wir wissen demzufolge nur allzu gut, welchen Mahes der Opferwilligkeit und der heldenhaften Ausdauer jener Kampf bedarf, den Sie jetzt gegen die falsche Welle zu führen haben.

Doch: nicht allein dieser Umstand ist es, der uns zu einer besonderen Teilnahme an Ihrem Kampfe mahnt. Die ungarische Partei rühmt sich, in ihren Anfängen, in ihren Kampfmethoden, in der Theorie und in der Praxis Schülerin der großen deutschen Sozialdemokratie zu sein. Jene Partei, die dem Weltproletariat Männer wie Marx, Engels, Lassalle, Liebknecht und Bebel schenkte, kann im Kampfe nicht untergehen und wir sind der festsicheren sozialdemokratischen Ueberzeugung, daß endlich die innere Kraft der demokratischen Verfassung sich siegreich aus dem Kampfe mit der Diktatur emporheben wird.

Empfanget, werte Genossen, unsere sozialistischen Grüße:

Stefan Farkas, Generalsekretär.

## Rundgebung aus der Tschechoslowakei.

Die Vorstände der deutschen und tschechischen sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakischen Republik haben folgende Rundgebung an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland gesendet:

„Werte Genossen und Genossinnen!

Mit der größten Leidenschaft und Teilnahme verfolgen wir Euren gewaltigen Wahlkampf, der an Größe und Bedeutung alle bisherigen Wahlkämpfe der deutschen Republik bei weitem übertrifft. Unter Ausnützung der kapitalistischen Wirnisse der Nachkriegszeit haben sich alle dunklen Mächte des alten Deutschland vereinigt, um die republikanische Verfassung gewaltsam aufzuheben, die parlamentarische Demokratie zu vernichten und die Freiheit eines großen Kulturvolkes mit Füßen zu treten. Damit wären alle Errungenschaften der Arbeiterklasse und alle ihre Hoffnungen auf ein besseres Dasein ausgehöhelt, der Frieden in Europa auf das schwerste bedroht.

Genossen und Genossinnen, wir bewundern Euren heroischen Kampf. Es ist der Kampf für die Republik, für die Demokratie und für die Freiheit! Es ist aber nicht nur Euer Kampf, sondern auch gleichzeitig der unsrige. Es ist der Kampf der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Es ist ein Kampf der gesamten Kulturmenschen um neue demokratische Grundlagen und um eine neue Wirtschaftsordnung.

Wir übersenden Euch die herzlichsten Grüße aller deutschen und tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiter unseres Landes. In dieser Stunde sind unsere Blicke ebenso wie die der gesamten Sozialistischen Internationale auf Euch gerichtet. Wir erwarten mit brennender Ungeduld die Ergebnisse Eures gigantischen Wahlkampfes. Wir sind uns der internationalen Bedeutung dieses Wahlkampfes voll bewußt. Der nächste Sonntag wird nicht nur ein historischer Tag in der Geschichte Deutschlands, sondern auch in der Geschichte der ganzen Welt sein.

Wir wissen, daß Ihr — mag kommen was will — jederzeit gerüstet seid. Euch aber rufen wir zu, daß die Sozialistische Internationale geschlossen an Eurer Seite steht.

Die Fahnen, die Ihr stolz erhoben habt, sind die Fahnen der Freiheit der Völker und der Menschheit, sind die Fahnen der Demokratie und der Republik. Unsere Herzen schlagen Euch entgegen.

Die Vorstände der tschechoslowakischen und deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

mal ausgeführt wurde. Die Behauptungen der Hugenberg-Presse sind glatt aus den Fingern gezogen. Mit dem schönen Wahlschlager ist es wieder einmal nichts.

## Der schwarzweißrote Pferdefuß.

### Was steht hinter der Hakenkreuzfahne?

In ihrem Zorn über die Fahnen der Eisernen Front lägen die Nazis im „Angriff“:

„Im Norden, Osten und Westen der Stadt überwiegen gegenüber den roten Fegen bereits die Hakenkreuzfahnen.“

Da haben die guten Leute zum ersten nicht genau hingesehen. Zum zweiten aber: wir hatten immer geglaubt, die Hakenkreuzfahnen seien ebenfalls rot, wie das „rote Fegen“? Weil das Rot der Hakenkreuzfahnen nur die Tarnung für die schwarzweißrote Gefinnung der Schlotbarone und Krautunker ist!

## Polnisch-russischer Vertragsabschluß.

### Jubel in Warschau — Wut in Bukarest.

Der polnisch-russische Richtangriffspakt ist nach langem Schwerezustand von den Bevollmächtigten beider Staaten unterzeichnet worden. Die Ratifizierung ist danach selbstverständlich, denn das Moskauer Außenkommissariat tut natürlich nichts ohne die Zustimmung Stalins und auch in Warschau wird ja distanzlos regiert. In den nächsten Tagen werden im Moskauer Rundfunk der Außenkommissar Krestinski und — als erster ausländischer Diplomat — der polnische Gesandte Patek die bei solchem Vertragsabschluß üblichen rühmenden Worte sprechen.

Die polnische Regierungspresse feiert den Vertragsabschluß als einen Schlag gegen die deutsche Außenpolitik, deren Zusammenarbeit mit der Sowjetunion dadurch aufs neue erschwert werde.

Die Ueberwindung der bisherigen Schwierigkeiten für die polnisch-russische Verständigung ist vor allem der Haltung der Papen-Schleicher-Regierung und Hitlers zu danken. Diesen sollte die Zerstückelung von Kapallo leichter als die von Versailles. Zugleich wird angekündigt, daß bereits in nächster Zeit Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland beginnen.

Sonj anders nehmen gewisse rumänische Zeitungen den polnisch-russischen Vertrag auf. Da wird Bistuditi, der „Chrenmarschall“ der rumänischen Armee, maßlos beschimpft, weil dieser Vertrag immerhin die Aussichten auf einen Krieg gegen Sowjetrußland einschränkt.

# Zum Thema Militärdiktatur.

Schleicher zitiert „Die Gesellschaft“. — Das Bündnis mit Hitler wird bestätigt.

„Wenn man unter Militärdiktatur eine Regierung versteht, die sich nur auf die Bajonnette der Reichswehr stützt, so kann ich dazu nur sagen, daß eine solche Regierung im luftleeren Raum sich schnell abnutzen und letzten Endes zum Mißerfolg führen muß. In Deutschland vielleicht mehr noch als in manchen anderen Ländern muß die Regierung von einer breiten Volksströmung getragen sein.“

(Schleicher in seiner Rundfunkrede.)

„Es ist zwar nicht richtig, daß man sich auf die Bajonette nur stützen, nicht aber auf ihnen sitzen kann. Man kann auch auf den Bajonetten sitzen, das pflegt aber früher oder später sehr schmerzliche Folgen zu haben. Mit physischer Gewalt allein kann gegenwärtig keine Diktatur auskommen. Jede Diktatur braucht nicht nur die Waffen, sondern auch eine sie tragende Schicht, die je nach den sozialen und kulturellen Verhältnissen jedes Landes mehr oder weniger breit sein muß. Und in Deutschland müßte diese Schicht verhältnismäßig viel breiter sein als in Rußland oder in Italien.“

(„Die Gesellschaft“, Juli 1932, Seite 5.)

Es ist nicht uninteressant, das Zitat aus der „Gesellschaft“, das Herr v. Schleicher sich zum Teil zu eigen gemacht hat, fortzusetzen:

Dieser Umstand ist auch den Inspiratoren der „Präsidentenregierung“ nicht entgangen, und sie versuchen, als tragende Masse

## Für 60 Pfennige ...

So hoch soll die Arbeitsermunterung im Dritten Reich sein.



Ruft kräftig „Heil Hitler!“ — dann reicht es schon!

für ihre Diktatur die nationalsozialistische Bewegung zu gewinnen. Sie verfolgen damit ein doppeltes Ziel, indem sie einer direkten Machteroberung durch die Nazis vorbeugen und zugleich die Nazibewegung zur Fundierung einer von oben eingehenden Diktatur gebrauchen wollen. Diese Bestrebungen werden — wenigstens vorläufig — von der nationalsozialistischen Parteiführung unterstützt. Und wie dürfen wohl annehmen, daß Hitler sein Abkommen mit dem neuen Kabinett nicht ungern abgeschlossen hat. Nicht nur deshalb, weil er vorläufig keine Chance für die Machteroberung aus eigener Kraft sieht, sondern auch weil er selbst, nach unten „revolutionär“ und nach oben sehr kapitalisten- und agrarfreundlich, im Grunde die gleiche Politik der Fundierung einer agrarisch-großkapitalistischen Diktatur durch seine Bewegung anstrebt. Die Massen der nationalsozialistischen Bewegung sollen aber für diese Ziele gebraucht werden, ohne zu merken, daß sie nicht für den Aufbau eines nebulösen „Dritten Reiches“, sondern für die Wiederherstellung der altpreussischen Herrschaftsverhältnisse verwandt werden. Sie sollen mindestens bis zum Wahlsieg davon überzeugt bleiben, daß ihre Partei mit dem Kabinett der Barone nichts zu tun habe und mit ihrer ganzen Kraft den unerbittlichen Kampf für die zwar völlig unklaren, aber leidenschaftlich empfundenen Ziele der Bewegung führe. Der Wahlkampf erhält damit den Charakter eines eigenartigen Rennens: gelingt es den Führern, an das Ziel zu kommen, bevor ihre Massen bemerkt haben, was gespielt wird, oder nicht?!

## 13 Verletzte in Leipzig.

Zusammenstoß auf dem Karl-Marg-Platz.

Leipzig, 27. Juli. (Eigenbericht.)

In einem Leipziger Vorort kam es am Dienstagmittag zu schweren Schlägereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Nationalsozialistische Zettelverleiher, die von Kommunisten angegriffen wurden, gaben auf der Flucht mehrere Schüsse gegen ihre Verfolger ab. Am Karl-Marg-Platz kam es dann zu blutigen Auseinandersetzungen. Die Gegner gingen mit Journalisten und anderen harten Gegenständen aufeinander los. Insgesamt waren an dem Kampf etwa 170 Personen beteiligt. 13 Mann wurden verletzt, davon drei schwer.

## Schießerei in Essen.

Essen, 27. Juli. (Eigenbericht.)

In Essen gab es am Dienstagmittag zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten eine Schießerei. Etwa 20 bis 30 scharfe Schüsse wurden gewechselt. Zwei Nationalsozialisten wurden verletzt.

## Achtung, Abteilungsleiter!

Die Handzettel, Umhängeplakate usw. müssen vom Sitzungssaal des Bezirksverbandes abgeholt werden. Das Bezirkssekretariat ist täglich bis 20 Uhr geöffnet.

# Ueberfall auf Wölffel vor Gericht

Naziausagen widerlegt — Prozeß vertagt

Der hinterhältige nationalsozialistische Ueberfall auf den 55jährigen Reichsbannerführer Mag Wölffel am Morgen des 12. Juli stand bereits heute morgen zur Verhandlung vor dem Schnellschöffengericht. Die Auseraumung eines früheren Termins war wegen der schweren Verletzungen des Ueberfallenen nicht möglich. Wölffel mußte auch heute noch von zwei Reichsbannerleuten aus dem Krankenhaus auf einer Tragbahre in den Gerichtssaal getragen werden. Sein rechtes Bein, dessen Knöchel zerpflegt ist, befindet sich in einem Gipsverband.

Wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung, begangen aus politischen Beweggründen, haben sich auf Grund des Strafgesetzbuches und der Rotverordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni d. J. zu verantworten der bereits zweimal wegen Körperverletzung verurteilte SA-Mann Kring, der 19jährige Arbeiter Bestmann, der 23jährige Fritschler Laehn und der gleichfalls 23jährige kaufmännische Angestellte Horst Hoffmann. Die ersten drei befinden sich in Haft.

Zur Tat selbst erklären sämtliche vier Angeklagten einheitlich, daß sie in der Nacht vom 11. zum 12. Juli in dem Lokal der Mutter des Angeklagten Bestmann ein Glas „Stiefel“ und Rollen getrunken hätten. Um 3 Uhr nachts brach man auf und begab sich zu der SA-Mutter Kochmann, um hier einen Kaffee zu trinken. Gegen 4 1/2 Uhr wurde man von der Tochter der Kochmann hinarbeitet. Die weiteren Angaben der Angeklagten über den Vorfall selbst gehen auseinander. Die Angeklagten Kring und Bestmann wollen sich sofort verabschiedet haben, um den Heimweg anzutreten; sie hätten sich umgedreht und gesehen, wie der Angeklagte Laehn von einem Mann mit einer Pistole bedroht worden wäre, seien hinzugesprungen und hätten dem Angreifer die Pistole entwand. Keiner von den beiden will auf Wölffel einschlagen haben. Der Angeklagte Laehn listet folgendes Märchen auf: Ein Mann sei vorbeigekommen. Er habe ihn mit dem Hitlergruß begrüßt. Der Mann hätte ausgespuckt und Arbeitermörder und Nazistrolche gesagt. Es sei ein Wortwechsel entstanden, der Mann hätte seine Pistole gezogen, darauf hätte er,

Laehn, in Notwehr zugefaßt. Seine Kameraden seien ihm zu Hilfe gekommen. Wohl hätte er dem Mann ein paar Schläge verfehlt, es kann aber keine Rede davon sein, daß er ihn mit Füßen getreten oder gar die Knöchel gebrochen hätte.

Die Darstellung des verletzten Wölffel ergibt ein ganz anderes Bild; sie wird von den Darstellungen unbeteiligter Zeugen bestätigt. Wölffel, der Brauer ist, befand sich gegen 4 1/2 Uhr auf dem Wege zur Arbeit. Er war von der Boyenstraße in die Chausseestraße eingebogen und an einem Aquariumladen stehengeblieben, um sich die Auslagen anzusehen. In der Nähe stand ein junger Mensch in weißem Hemd, ohne Abzeichen; einige Meter entfernt noch drei junge Leute. Der junge Mensch im weißen Hemd trat an ihn plötzlich heran und sagte, auf sein Reichsbanner- und Eiserne-Front-Abzeichen hinweisend: „Mach' das Ding ab“, und sah auch gleich zu. Wölffel stieß ihn zurück. Im selben Augenblick wurde er von hinten von mehreren Leuten angefaßt, zu Boden geworfen und mit Fäusten und Füßen bearbeitet. In der Notwehr hatte er die Pistole gezogen, in deren Lauf sich keine Kugel befand. Einen Hitlergruß hat er weder gehört noch hat er ihn mit den ihm von Laehn in den Mund gelegten Antworten beantwortet. Als Schläger erkennt er Laehn, der ihn als erster angesprochen hat, und Bestmann wieder. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärt Wölffel, daß die Heilung seines Beines noch sechs bis sieben Wochen brauchen würde.

Die Vernehmungen eines Wächters des Warenhauses Tetz und eines Monteurs Lindberg bestätigten in vollem Umfang die Darstellungen des schwerverletzten Wölffel und widerlegten vollkommen die Darstellungen des Naziongeklagten. Da der Tatbestand einer Bedrohung des Zeugen Lindberg mit der Waffe durch den Nazi Kring nicht genügend geklärt ist, wird von den Parteien beantragt, die Verhandlung zwecks neuer Ermittlung zu vertagen. Das Gericht beschließt diesem Antrage gemäß, hält aber die Haftbefehle gegen drei Angeklagte aufrecht.

Es ist sehr bedauerlich, daß durch die Hineinziehung der Episode Lindberg die Verhandlung nicht zu Ende geführt werden konnte.

## Film und Volksbühne.

Die Organisation der Besucher.

In dem Geschäftsbericht des Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine, der in dem Verbandsorgan „Die Volksbühne“ für 1931/32 erstattet wird (Heft Juli/August), wird auch die Filmstätigkeit des Verbandes behandelt.

Die Unsicherheit der äußeren Umstände verbot die Einleitung schwieriger Experimente auf dem Gebiete der Filmarbeit von selbst. Vielmehr wurde mit dem schon im Vorjahr erprobten organisatorischen und ähnlichen Mitteln auch in der Berichtszeit gearbeitet, wobei wiederum die Feststellung wichtig ist, daß sich irgendeine allgemeingültige Norm oder auch nur eine klar erkennbare Grundlinie hinsichtlich der Organisation der Filmarbeit nicht ergeben hat, weil alle Vorgänge ausschließlich den speziellen örtlichen Gegebenheiten sich anpaßten. Lediglich in Breslau und in Grünberg, vorübergehend auch in Magdeburg, war die Arbeit am Film ganz systematisch ausgebaut; in Breslau mit einer besonderen Filmgemeinde mit fester Mitgliedschaft, die ihren Mitgliedern in einem der ersten Uraufführungstheater der Stadt im Verlaufe der Spielzeit zu äußerst günstigen Bedingungen fünf Spielfilme der internationalen Produktion vermittelte; in Grünberg mit der Führung des eigenen Filmtheaters im dortigen Stadttheater.

Im ganzen haben sich nur etwa noch zwei Drittel derjenigen Vereine, die im Vorjahr auf dem Gebiet des Films tätig waren, mit dieser Sparte befaßt, nämlich 41 Vereine. Besondere Filmgemeinden wiesen in der Berichtszeit nur 3 Vereine (darunter Breslau) auf. Weitere 11 Vereine führten eigene Aufführungen durch. In der Hälfte aller Fälle beschränkte man sich darauf, für die Mitglieder der Volksbühne Preisermäßigungen in regulären Kinoskopen zu erwirken, wobei aber in der Regel diese Ermäßigung nur in Anspruch genommen wurde, wenn einwandfreie Filme das Programm bildeten. Erleichtert wurde die Filmarbeit durch die allgemeine wirtschaftliche Lage, sodann wohl auch durch die inzwischen stark herabgesetzten Filmtheaterpreise.

In einem Einzelfalle allerdings hat die Bewegung Ausgezeichnetes zu leisten vermocht: das war im Sommer 1931, als der Film „Im Westen nichts Neues“ freigegeben wurde. Damals konnten sich zahlreiche Volksbühnen im Reich mit größtem zahlenmäßigen Erfolg für dieses Filmwerk einsehen. In vielen Städten haben die Mitgliedschaften der örtlichen Volksbühnen fast restlos den Remarque-Film besucht. In anderen Fällen traten, um einer Verschärfung der Freigabebestimmungen gerecht zu werden, örtliche Volksbühnen allein oder gemeinsam mit anderen Kulturorganisationen als Träger der Remarque-Filmvorstellungen in den einzelnen Städten auf. Auf diese Weise war es z. B. im Rheinland und in Westfalen möglich, den Film teilweise wochenlang in zahlreichen Lichtspieltheatern vor Zehntausenden von Besuchern laufen zu lassen.

Die beratende Tätigkeit der Verbandszentrale auf diesem Gebiet ist fortgesetzt worden. Insgesamt gelangten 13 Listen begutachteter Filme von der Verbandsgeschäftsstelle an die interessierten Vereine zum Versand. Diese Listen führten zusammen insgesamt 199 Filme, die in der Berichtszeit in Berlin zum ersten Male gezeigt worden waren, auf. Die bewährte Einteilung dieser Filme in drei Güteklassen ist beibehalten worden. Von 199 begutachteten Filmen wurden nur 24 uneingeschränkt positiv gemeldet; weitere 42 Filme waren als beachtenswerte Mittelfilme bezeichnet worden und 133 Filme verfielen von vornherein der Ablehnung. Der angelegte Maßstab für diese Bewertung wurde nicht mehr ganz so streng gehandhabt wie in den vorhergehenden Jahren.

## Das Nachbarschaftsproblem.

4. International Settlementskonferenz.

Den Höhepunkt der Tagung der 4. Internationalen Settlementskonferenz bildete die große öffentliche Versammlung in dem Plenarsaale der Reichswirtschaftskonferenz. In dieser Versammlung kam die große Sehnsucht nach einem neuen Gemeinschaftsgeist recht zum Ausdruck, die die Pioniere der Settlementsbewegung tief innerlich bewegt. Der Nachbarschaftsgeist soll sich schließlich zur völkerverbindenden Idee ausreifen. Starke religiöse Stimmungen schlugen in den Referaten durch.

Prof. Claffen wandte sich wütend gegen die ganze heutige Form des Großstadtlebens. Die Lösung des Großstadtproblems als eines Gemeinschaftsproblems sei mißglückt. Die Großstadt sei völlig durch Gegensätze zerklüftet. Ueberall walte der Geist der Uneinigkeit, des Unfriedens. Ueberall trete die Tendenz in

Deutschland hervor, Abgründe zwischen den sozialen Gruppen aufzuweisen. Im Rahmen der staatlichen Gemeinschaft habe die Sozialdemokratie vor dem Kriege große gewerkschaftliche Organisationen aufgebaut. Der Kommunismus spitze den Klassen Gegensatz in ganz extremer, die Gemeinschaft zeretzender Weise zu. Der heutige Rassen-Nationalismus treibe die Gemeinschaft direkt auseinander. Außerhalb der Großstadt sei vielfach in ländlichen Siedlungen ein Nachbarschaftsgeist, ein neuer Gemeinschaftsgeist aufgeblüht. Die nachfolgenden Redner stellten den Nachbarschaftsgeist direkt als eine die Gesellschaft umgestaltende geistige Macht dar.

Als eine erste Mahnung prägten sich die Worte des Vorsitzenden Prof. Siegmund-Schulze ein: Geht in die Arbeiterquartiere, dort im Osten werdet ihr eine andere Solidarität als im Westen finden. Die Nachbarsiedlung solle sich zu einer neuen Aufbaueinheit entwickeln. Die Völker sollen zu guten Nachbarn werden! Gegenüber der demagogischen Morbheide warf Siegmund-Schulze die erste Frage auf: Soll der Bruderkrieg etwa an die Stelle des Weltkrieges treten? P. R.

## Erwerbslosigkeit und Ernährung.

Prof. Carl von Tszjka, der Nationalökonom und Statistiker an der Universität Hamburg, hat über den Einfluß der Wirtschaftskrise auf Lebenshaltung und Ernährungslage des deutschen Volkes umfassende statistische Untersuchungen angestellt. Mit seinem Ergebnis, das er in der „Klinischen Wochenschrift“ veröffentlicht, tritt Tszjka der Ansicht entgegen, die aus dem amtlichen Lebenshaltungsindex mit seiner Senkung der Lebenshaltungskosten von 1917 bis 1932 um etwa 20 bis 25 Proz. und aus einem Abbau der Löhne um 6 Proz. entstehen könnte: als habe sich die Lebenshaltung der noch in Beschäftigung stehenden Arbeiter keinesfalls verschlechtert. Die Wirkung der Lohnkürzung war, so betont er, nicht nur eine Einschränkung im Bedarf an Bekleidung, Wäsche, Hausrat, Erholung usw., sondern ganz sicher auch eine Verschlechterung der Ernährung, und zwar der Uebergang von einer hochanimalischen zu einer mehr vegetabilischen Kost. Der Forscher erörterte dann die Frage, wie eine durch Arbeitslosigkeit oder verfrühter Kurzarbeit erzwungene größere Einkommensverlängerung auf die Lebenshaltung und Ernährungslage der Arbeitnehmer wirkt. Auf den ersten Blick erstaunlich erscheint eine etwas stärkere Einschränkung der Ausgaben für pflanzliche als für tierische Nahrungsmittel — ein deutlicher Beweis, wie notwendig für städtische Familien die Aufnahme animalischer Nahrungsmittel ist. Denn selbst bei einer Verminderung des Einkommens um etwa ein Drittel wird der Verbrauch animalischer Produkte so wenig wie möglich gekürzt. Das mögen alle diejenigen, die für eine überwiegend vegetabilische Kost eintreten und für die Industriebevölkerung Kartoffeln und Roggenbrot für zuträglich halten als Fleisch und Butter, recht beherrsigen. Es gibt bestimmte Grenzen für die Einschränkung: ein gewisser Fettbedarf muß eben befriedigt werden.

Tszjkas Untersuchung ergibt bei Schmälerung des Einkommens um rund ein Drittel eine wesentliche Verschlechterung der Ernährung, die in einer Verringerung der verbrauchten Mengen, Verminderung der Qualitäten und Rückgang der Eiweißzufuhr wie der Kalorienzahl zum Ausdruck kommt. Bei den in Beschäftigung stehenden Arbeiterfamilien muß die Vitaminzufuhr als kaum genügend bezeichnet werden, bei den während der Erwerbslosigkeit untersuchten Haushalten aber herrscht geradezu Vitaminmangel. Das gilt schon von denen, die noch die Arbeitslosenunterstützung bezogen. Bei den Empfängern der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung spricht Dr. Hellmut Behmann in einer Arbeit in der „Zeitschrift für Ernährung“ von einer verschlechterten Hungersnot, und Prof. von Tszjka gibt ihm darin recht. Nach den ermittelten Zahlen ist die Ernährung der Menge nach und besonders der Qualität nach mit ihrem viel zu geringen Verbrauch an Eiweißträgern völlig unzureichend.

Die Ueberhundertjährigen in Preußen. Von 123 Personen, die bei einer Zählung am 4. März 1932 in Preußen ihr 100. Lebensjahr vollendet hatten, sind nach der letzten veröffentlichten letzten Statistik des Preussischen Statistischen Reichsamts noch 17 am Leben. 104 Personen im Alter von 100 bis 106 Jahren verstarben in der Zwischenzeit. Die Mehrzahl der Ueberhundertjährigen rekrutiert sich aus Bauern. 7 der noch Lebenden sind jetzt 101 Jahre, 5 102, 1 Frau ist 103, 3 Frauen sind 104 und 1 Mann ist sogar 106 Jahre alt. Im allgemeinen schlagen die Frauen die Männer beim Altersrekord ganz erheblich.

# Hitler als „Gewerkschafter“.

Anwalt der Unternehmerinteressen und Feind der freien Gewerkschaften.

Hitler hat den zweifelhaften Ruhm, an der Spitze einer Partei zu stehen, die jedem das verspricht, was er gern hören möchte. Auch in der Gewerkschaftsfrage ist diese Vielzweckigkeit kennzeichnend für das Wesen einer Bewegung, deren innerster Kern abgrundtiefe Verlogenheit ist. Lassen wir Hitler selbst reden. (Die folgenden Zitate sind der Schrift Hitlers „Mein Kampf“, 10. Auflage, entnommen. Sie sind dort auf den Seiten 9 bis 53 zu finden.) Wir geben ihm zunächst als Verfechter der Gewerkschaftsidee das Wort:

„Solange es unter den Arbeitgebern Menschen mit geringem sozialen Verständnis oder gar mangelndem Rechts- und Billigkeitsgefühl gibt, ist es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der von ihnen Angestellten, die doch einen Teil unseres Volkstums bilden, die Interessen der Allgemeinheit gegenüber der Habgucht oder der Unernunft eines einzelnen zu schützen; denn die Erhaltung von Treu und Glauben in einem Volkstypus ist ein Interesse der Nation genau so wie die Erhaltung der Gesundheit des Volkes. Beides wird durch unwürdige Unternehmer schwer bedroht.“

Nachdem sich Hitler in dieser scheinbar rücksichtslosen Weise für die Gewerkschaften eingesetzt hat, ohne sich aber irgendwie festzulegen, muß er seinen Unternehmerfreunden auch etwas Nettes sagen. Das geschieht, indem er mit einem listigen Augenzwinkern die „Entdeckung“ ausspricht, die ihm ganz allein gelungen ist, daß die bösen freien Gewerkschaften ausgerechnet um die Jahrhundertmitte „längst“ aufgehört hätten, ihrer früheren Aufgabe zu dienen. Damit ist der Boden vorbereitet, auf dem Hitler als Gewerkschaftsfeind und Anwalt des Unternehmertums sich enthüllen kann. Jetzt hat der wahre Hitler das Wort:

„Von Jahr zu Jahr war sie (die Gewerkschaftsbewegung) mehr und mehr in den Bannkreis der sozialdemokratischen Politik geraten, um nur noch als Kamme des Klassenkampfes Anwendung zu finden. . . Die Vertretung aller wirklichen Bedürfnisse der Arbeiterschaft kam damit immer weniger in Frage, bis die politische Klugheit es endlich überhaupt nicht mehr als wünschenswert erscheinen ließ, die sozialen und kulturellen Räte der breiten Masse zu begeben. . . Gleich einer drohenden Gewitterwolke hing schon damals die „freie Gewerkschaft“ über dem politischen Horizont und über dem Dasein des einzelnen.“

Nach diesen den gänzlichen Stellungswechsel Hitlers in der Gewerkschaftsfrage vorbereitenden Worten holt er, sicherlich unter dem lauten Beifall der Unternehmer, zum entscheidenden Satz aus:

**„Die Gewerkschaft war eines der fürchterlichsten Terrorinstrumente gegen die Sicherheit und Unabhängigkeit der nationalen Wirtschaft, die Festigkeit des Staates und die Freiheit der Person.“**

So sind Papentruzier „gewerkschaftsfreundlich“, um grundsätzlich gewerkschaftsfeindlich zu sein. Ausgerechnet Hitler, dessen Nordbanniten Tag um Tag die Freiheit der Person bedrohen, dessen „System“ auf die Unterdrückung jeder Freiheit aufgebaut ist, wirft den Gewerkschaften Terror und Bedrohung vor. Der Schwindel ist zu offensichtlich.

Die freien Gewerkschaften haben zu allen Zeiten mit Nachdruck die Forderungen der Arbeiterschaft vertreten. Sie sind dafür vom Unternehmertum befehdet, verleumdet und denunziert worden. Heute bejagt das Hitler und seine Partei der Hungertruzier. Unter dem Hungerkreuz feiern die Methoden des selbigen entschlafenen Reichslügenverbandes eine vervielfachte Ausfertigung mit dem eindeutigen Ziel, die Gewerkschaften endgültig zu zerschlagen. Der 31. Juli muß den Sieg der freiheitlich gewonnenen Arbeiterschaft, muß den Sieg des alten Gewerkschaftsgedankens bringen.

## Gegen das Kündigungsschutzgesetz.

Die Unternehmer wollen es beseitigt wissen.

Die Unternehmer betrachten die gegenwärtige Wirtschaftskrise als den günstigsten Zeitpunkt, um auch mit den besonderen Schutzrechten der Angestellten aufzuräumen. Ihr Kampf richtet sich mit besonderer Schärfe gegen das Kündigungsschutzgesetz für Angestellte.

Seitdem der Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels im September 1931 von der Reichsregierung die Aufhebung des Kündigungsschutzes durch Notverordnung forderte, ist fast kein Monat vergangen, der nicht einen neuen Vorstoß der Unternehmer brachte. Wir begreifen die reaktionäre Sehnsucht der Unternehmer. Die wichtigste sozialpolitische Funktion des Kündigungsschutzgesetzes besteht darin, zu verhindern, daß die Unternehmer ihre Angestellten, die teilweise Jahrzehnte in ihrem Betrieb tätig gewesen sind, kurzfristig auf die Straße setzen können. Indem die Unternehmer diese Funktion außer Kraft setzen wollen, streben sie an, das Unternehmerrisiko in noch größerem Umfang als bisher einseitig auf die Schultern der Angestellten abzuwälzen.

### Der Zentralverband der Angestellten

hat sich bei den zuständigen Stellen des Reiches mit größtem Nachdruck gegen die Forderungen der Unternehmer ausgesprochen. Nicht die Beseitigung des Kündigungsschutzgesetzes, sondern ein weiterer Ausbau des Kündigungsschutzes im Sinne unserer wiederholten Forderungen, insbesondere durch Einführung eines Abfertigungsgeldes, tut not. Bisher ist es gelungen, den Angriff der Unternehmer abzuwehren. Wie lange aber das gegenwärtige Kabinett der Barone und Junker den Unternehmerwünschen widerstehen wird, läßt sich schwer voraussagen.

Die Angestellten müssen selber dafür sorgen, daß der Kündigungsschutz erhalten bleibt: am 31. Juli müssen sie

**Liste 1 wählen!**

## SA. als Lohndrücker.

Beim „nationalen“ Lannenberg-Film.

Bei den in Gr. Wagnow jetzt beendeten Aufnahmen für diesen Film, wurden etwa 350 SA-Leute drei Wochen lang beschäftigt für ein Tageshonorar von fünf Mark und Essen aus der Gulaschkanne.

Während die braunen Soldaten und „rauen Kämpfer“ aus Hitlers Privatarmee Filmkriege spielten, sahen auf dem Arbeitsnachweis für Filmdarsteller in der Besselfstraße gegen 1000 hungernde Filmstarbeiter, Schauspieler und Artisten und warteten vergebens — wie sie heute noch warten — auf einen vorübergehenden Verdienst, auf ein Tagesengagement.

Die SA-Leute waren billiger und machten sich nichts daraus, den hungernden Filmkompanien in den Rücken zu fallen.

Nun, sie werden dieser „Arbeiterpartei“ am Sonntag die Quittung ausstellen!

Die Einführung der Fünftage-Woche während der Kriegszeit, und zwar zunächst einmal bis Mitte des Jahres 1933, ist vom Arbeitsministerium der Vereinigten Staaten Nordamerikas beschloffen worden.

## Der Handwerkskammervertreter.

Und sein Nazi-Parteifreund.

In Guben sind die Friseurmeister verwundert. Ein Nationalsozialist Riptow betreibt die Auflösung ihrer Zwangsinnung. Der Obermeister, der sich die Aufrechterhaltung der Innung angelegen sein läßt, erbat für die entscheidende Versammlung die Unterstützung eines Vertreters der Handwerkskammer und der Aufsichtsbehörde.

Nachdem der Nazimann Riptow seinen Auflösungsantrag auf Grund der nationalsozialistischen Forderungen begründet hatte, meldete sich der Vertreter der Handwerkskammer und sprach von seinem „Parteifreund Riptow“. Da die Meister sahen, daß ihnen die Handwerkskammer den Riptow als Gärtner geschickt hatte, entstand großer Tumult, so daß die Versammlung geschlossen werden mußte. Einem Nazimann könne man die Interessen des Handwerks nicht anvertrauen, auch wenn er von der Handwerkskammer abgehandelt ist.

## Die englischen Textilarbeiter im Kampfe gegen Lohnverschlechterung.

Burnley (Cancashire), 27. Juli.

Ungefähr 20 000 Webereiarbeiter sind aus Protest gegen die Aufhebung der Arbeitsverträge in den Ausstand getreten. Drei- oder viertausend von ihnen veranstalteten vor einer der seltenen Webereien, die noch arbeiten, eine Kundgebung. Die Polizei hat zum „Schutz der Arbeitswilligen“ die Demonstranten zerstreut. Unterdessen werden in Manchester Verhandlungen zwischen den Vertretern der Parteien über den Vorschlag der Unternehmer geführt, die Löhne bis zu 12½ Proz. herabzusetzen. Diese Lohnkürzung würde 200 000 Arbeiter der Baumwollindustrie treffen.

## Nazis mit Lahusen!

Die Bundespressestelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilt mit:

Heute morgen ließen an den Anschlagssäulen Plakate der Nationalsozialisten, die den Eindruck erwecken sollen, daß die alleinige Lieferantin für die vorschristsmäßige Bundeskleidung des Reichsbanners die Firma Sklarek gewesen sei. Wie der Gau Berlin-Brandenburg des Reichsbanners hierzu mitteilt, ist überhaupt nur ein einziges Mal ein Inserat der Firma Sklarek in der Gauzeitung der Reichsbanner-Zeitung erschienen, und zwar im Juli 1928, als von den Vorgängen bei der Firma Sklarek die Öffentlichkeit noch keine Ahnung hatte. Trotz entschiedener schriftlicher Abfertigung des Gauvorstandes des Reichsbanners an die Firma Sklarek hatte die Firma es verstanden, das Inserat unterzubringen. Bundesvorstand und Ortsvereine des Gaues wurden sofort in Kenntnis gesetzt, daß die in dem Inserat aufgestellten Behauptungen nicht den Tatsachen entsprechen. Während also der Gau Berlin-Brandenburg des Reichsbanners niemals irgendwelche geschäftlichen Beziehungen mit der Sklareks gehabt hat, während die republikanische Presse und Öffentlichkeit die Sklareks-Schiebungen aufdeckte und alles tat, ihre schleunige gerichtliche Aburteilung zu erreichen, beeilen sich heute die nationalsozialistischen Erneuerer Deutschlands dem ihnen nahestehenden Wirtschaftsverbrecher Lahusen Schutz angedeihen zu lassen. Hitlers Beibehalter Dr. Frank II und der Fememörder-anwalt Dr. Lueg gebühren die Verteidigung Lahusens übernommen. Warum plakatieren die Nazis die allen Kamellen, die noch dazu Schwindel sind, warum nicht das greifbare neue Material?

## Enrico Malatesta gestorben.

Ein Schüler Michael Bakunins.

Die anarchistische Bewegung hat schon in der Vorkriegszeit außerhalb einiger romanischer Länder den Charakter einer kleinen Sekte, die ihre Ideen fortspinn und stark mit Spiegeln durchsetzt war. Ab und zu wurde einer dieser Schwärmer wegen einer Rede verurteilt, eines ihrer Blättchen unterdrückt. Von den Bombenwürfen in Frankreich, Italien und Spanien distanzieren sich die „wissenschaftlichen“ Anarchisten fast immer; einer der bekanntesten von diesen war Enrico Malatesta.

Er war ein Schüler Bakunins; es ist wahrscheinlich, daß er auch Marx, Engels und ihre Freunde anfangs der siebziger Jahre kennengelernt hat. Schon 1877 floh er aus Italien, wo man ihn wegen angeblicher Puffschöpfung interniert hatte. Nach langen Jahren gehesten Wanderlebens ließ er sich in England als „Elektrotechniker“ nieder.

Nach der italienischen Amnestie von 1919 kehrte Malatesta in sein Geburtsland zurück; zwar wurde er vor Gericht gestellt, aber nach einem Dauerprozeß freigesprochen; er hatte Menschlichkeit gepredigt — und Italien war noch demokratisch.

Nun ist Enrico Malatesta, 76 Jahre alt, in Rom gestorben.

Zum Prozeß Gorgulow hat der Sowjetbotschafter Dowgalewski auf Antrag eine Zuhörerkarte erhalten.

**Rose-Theater**  
Große Frankfurter Straße 132  
Tel. Weichsel 2 7 3427  
8.30 Uhr

**P. Der Vulkan**  
Gartenbühne  
5.30 Uhr

**PLAZA**  
Nähe Schles. Bf.  
5.30 Uhr, 7.30 Uhr, 9.30 Uhr  
E. 7 Weichsel 4031  
Der Hotel Bauer

**Konzerte, Varieté**  
Drei arme kleine Mädels

**Winter-Garten**  
8 Uhr 15. Flora 3434. Raumbenert.

**Wieder 12 neue Attraktionen**

**Haus Vaterland**  
Kempinski

**Vergnügungs-Restaurant Berlins**  
BETRIEB KEMPINSKI

Im Volkspark Rehberge findet heute, Mittwoch, 19 Uhr, ein öffentliches Freikonzert des Sängerkorps Berlin 1900 (Mitglied des DKS), statt. Es handelt sich um eine Wiederholung des Konzerts vom 1. Juli, bei dem Hunderte wegen Platzmangel keinen Zutritt mehr fanden.

Junggenossen und Junggenossinnen von Teget, Mitglieder des Arbeiterfängerbundes, Sangesfreunde! In offener Singstunde, an der ihr alle teilnehmen sollt, wird am Mittwoch dem 27. Juli, von 19—20 Uhr im Reichsbanner-Bootsbau, Teget, Wierstraße 1, das „Kampflied der Eisernen Front“ als einstimmiger Massengesang gelernt. Ausweise mitbringen.

Wetter für Berlin: Teils wolkig, teil heiter, aber vereinzelt noch Schauer; nur mäßig warm mit südwestlichen Winden. Für Deutschland: Im Süden und Südwesten trocken, vielfach heiter und etwas wärmer. Im übrigen Reich nur mäßig warmes, wechselnd wolkiges Wetter und namentlich im Nordwesten noch einzelne Schauer.

# Das neue Buch

## Arktisfahrt des „Zeppelin“

Man sagt, daß große Ereignisse ihre Schatten vorauswerfen. Mehr aber noch ziehen große Ereignisse eine Fülle von Büchern nach sich, die alle bemüht sind, die Geschehnisse der Welt im rechten Licht zu zeigen und der Nachwelt zu erhalten. Jedoch selten hat ein Buch die Größe und Großartigkeit eines befördernden Ereignisses so unmittelbar und erlebnisartig in Wort und Bild eingefangen, wie Dr. L. Kohl-Larsens Schilderung der „Arktisfahrt des Graf Zeppelin“. (Im Auftrage der Internationalen Gesellschaft zur Erforschung der Arktis mit Luftfahrzeugen — Aeroarctic —, mit 55 Abbildungen und einer Karte, Union-Deutsche Verlagsgesellschaft, Berlin.) Dant der geradezu dichterischen Gestaltungskraft des Berichterstatters, der selber Polarforscher ist und als Kenner urteilt, wird der Leser von der ersten bis zur letzten Zeile in den Bann dieser einzigartigen Fahrt gezogen. Das Buch ist mehr als Lektüre, es wird selber Erlebnis. Die Fahrt von Friedrichshafen bis Veningrad, die Ausrüstung an Bord und die besondere Einrichtung für die Polarforschung, die ungeheuren Weiten der russischen Tundren, die Einsamkeit der letzten menschlichen Siedlung — alles wird zum unmittelbaren starken Eindruck. Und dann kommt der Flug hinaus in die Eiswüste, die Vermessung wenig bekannten Landes, der Kampf mit dem Nebel, die Wasserlandung neben dem Eisbrecher „Walgin“, die Ballonforschung der Stratosphäre — soviel Etappen, soviel sieghafte Errungenschaften der Technik.

Zurück geht es über die Nordküste Asiens. Der rasche Wechsel der Landschaften, die im Bild festgehalten sind, läßt die erdaukbaren Kräfte des Eises erkennen und macht uns das Eiszeitalter unseres norddeutschen Flachlandes verständlich. Fast möchte man die Geschwindigkeit des Luftschiffes hemmen, denn schon grüßen wieder die roten Dächer der deutschen Städte und Dörfer. Bald enden Fahrt und Buch im Jubel über das glückhafte Gelingen der Arktisfahrt, die wir als Zeitgenossen zwar miterlebten, deren Bedeutung uns aber noch dieser Lektüre stärker und eindringlicher zum Bewußtsein kommt als vor einem Jahr! Das Buch Kohl-Larsens gehört zu den wenigen, die man ohne Einschränkung jedem an kühnen Taten Begeisterten, vor allem jedem Jugendlichen als Besitz wünschen möchte.

Wilhelm Tietgens.

# Rundfunk am Abend

Mittwoch, den 27. Juli

Berlin: 16.05 Elli Beinhorn über ihre Erlebnisse auf ihrem Weltflug. 16.30 Unterhaltungsmusik. 17.30 Der griechische Stadt-Staat (Dr. W. Zucker). 17.50 Hörbericht aus Thale. 18.40 Unterhaltung- und Tanzmusik. 18.55 Die Funkstunde teilt mit. 19.00 Reden zur Reichstagswahl: Wirtschaftspartei (Drewitz), Volkspartei (Dingeldey). 20.00 Grenzberichte: Danzig als Brennpunkt des Ostproblems (C. Lange). 20.20 Violinmusik. 21.00 Tages- und Sportnachrichten. 21.10 Von allerlei Reisen. 22.10 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Tanzmusik.

Königs wusterhausen: 16.00 Verwendung der Zellulose (Prof. Dr. Großmann). 16.30 Aus Hamburg: Nachmittagskonzert. 17.30 Warum lehnt Japan bis heute das Christentum ab? (Prof. Dr. Aufhäuser). 17.55 Schallplatte und Musik-Kultur (F. Stössinger). 18.15 Von Eingeborenen und Fischern in Ostibirien (Dr. Herlich). 18.35 Die Rechtsprechung zur beamtenrechtlichen Notverordnungspraxis (Dr. Richard). 18.55 Wetterbericht. 20.00 Aus Hamburg: Dörchlüchtungs Volk und Land (Hörbild). 20.35 Aus Stuttgart: „Die Gondolieri“ (Operette). 21.45 und 22.40 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Aus Stuttgart: Blasmusik. Sonst: Berliner Programm.

Vollständiges Europa-Programm im „Volkfunk“, monatl. 96 Pf. durch alle „Vorwärts“-Boten oder die Postanstalten.

Verantwortl. für die Redaktion: Rich. Bernstein, Berlin; Angelegen. Ed. Glöck. Berlin. Verlag: Vorwärts Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernstein Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstr. 4. Stern 1 Beilage.

• Willst du reisen? — Ja!  
Kannst du reisen? — Nein!

Denn Reisen ist teuer, und dein Geldbeutel ist leer. Aber eines kannst du gewiß tun: das neue Reisebuch des Bücherkreises lesen:

Erich Grisar: Mit Kamera und Schreibmaschine durch Europa

Bilder und Berichte. Mit vielen Fotos. Großformat. Halbleinen.

Kein Buch für romantische Träumer und Schönheitssucher, sondern für Gegenwartsmenschen, die wissen wollen, wie die Völker jenseits unserer Grenzen arbeiten und leben.

Preis nur 4.30 RM (für Mitglieder Sonderpreis)  
Verlag Der Bücherkreis GmbH, Berlin SW 61  
Zu beziehen durch:

Der Bücherkreis

G. m. b. H.

Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7



WASCHMASCHINEN  
WASCHEROLLEN  
auch bis 18 Monatsraten  
**Raddatz**  
Leipzig Str. 122-123

## Schwerhörige



hören sofort wieder mit dem ärztlich empfohlenen ORIGINAL-ARUSTIK-APPARAT mit neuem Kleinhörer! — Noch Besseres gibt es nicht — Deutsche Akustik Gesellschaft m. b. H. Aelteste u. führende Spezialfabrik Verkauf u. Vorführung: Berlin-Wilmersdorf, Mozartstr. 43 Berlin, Klosterstr. 44 Reinickendorf-Ost, Briesener Str. 4 Verl. Sie Hauptkatalog 16 kostenlos! Auf Wunsch Zahlungserleichterung

# Die Barone als Steuerzahler

## Erinnerungen und Notizen — Von Hellmut von Gerlach

Im Jahre 1807 veröffentlichte ein Freiherr von Stillfried in Berlin eine „Apologie des Adels“, in der man las:

„Zwar sehen der Bauernjunge und der Prinz äußerlich gleich aus, eine chemische Analyse aber würde einen ganz gewaltigen Unterschied ergeben. . . Ich berufe mich nicht darauf, daß in der Regel der General, der Hofmarschall, der Kammerherr Klüger ist als ein Schneider und Bedienter, sondern darauf, daß alle adeligen Kinder verständiger sind als die Bauernkinder gleichen Alters, weil daraus eben die natürliche Vorzüglichkeit ihrer Kopf- und Gehirnanorganisation hervorgeht. Wie sieht es nun in dem Kopf eines Bauernjungen und eines Junkers aus? Würde man diesen nicht allein für einen Menschen, jenen aber für eine Abari passieren lassen müssen?“

Wenn die Junker vom Schloß des Barons von Stillfried in dem Bauern nur eine Abari des Menschen erblickten, so trauten sie dieser Abari jedenfalls eine sehr wertvolle Eigenschaft zu: die des Steuerzahlers bis zur Erschöpfung. Sie selbst waren in Erinnerung an die längst verflohenen Ritterdienste — der Ritter mit seinem Blut, der Bauer mit seinem Gut! — völlig steuerfrei. Dafür mußten die Staatslasten von Bauern und Bürgern aufgebracht werden. Arbeiter im heutigen Sinne gab es ja damals nicht.

Die von der großen französischen Revolution ausgehende „Gleichmacherel“ rüttelte natürlich auch an dem Steuerprivileg des Adels. Mit Klauen und Zähnen und nicht ohne Erfolg hat er es trotzdem bis in unsere Tage hinein zu verteidigen gewußt, seit Jahrzehnten freilich nicht mehr in der plumpen Form der Befreiung des Adels als solchen von den Steuern, dafür aber durch steuerliche Bevorzugung des Großgrundbesitzes.

Bis zum Jahre 1890 hatte in Preußen die Einkommensteuer eine geradezu ungeheuerliche Gestalt. Sie begann bei 900 M. Einkommen und wies steigende Prozentätze bis zum Einkommen von 3000 M. auf. Dort erreichte sie 3 Proz. Damit aber war Schluß. Gerade wo die steuerliche Leistungsfähigkeit größer zu werden begann, hörte die Progression auf.

**Selbst wer über Millionen an Einkommen verfügte, brauchte nur 3 Proz. zu zahlen.**

Finanzminister war damals Riquel, der immerhin in seiner Jugend nicht ganz ohne Ruhm für seine spätere ministerielle Betätigung Rarzig gewesen war. Er wollte für die Einkommen über 100 000 M. 4 Proz. Steuer einführen. Das Abgeordnetenhaus beschloß demgemäß.

Da aber ging das Herrenhaus hoch. Dort saßen fast nur Herren vom Baron aufwärts, die Hohenzollernprinzen von ihrem 18. Lebensjahr an volljährig, die ehemals reichsunmittelbaren Fürsten, die Vertreter der Grafenverbände wie die des sogenannten alten und befestigten Grundbesitzes. Alle Magnaten mit Tausenden und Zehntausenden von Hektaren Land hatten im Herrenhaus Sitz und Stimme. Sie benutzten ihre Stimme, um die 4 Proz. abzulehnen und so sich selbst ein erhebliches Steuererleichterung zuzuschaffen.

Ich war damals Regierungsreferendar in Schleswig, fühlte mich durchaus als zur Rechten gehörig, hatte jedoch als Christlich-Sozialer schon einen gewissen Sinn für Gerechtigkeit. Der antizipale Beschluß des Herrenhauses empörte mich. In ehrlicher Entrüstung schrieb ich einen Artikel für die Städtische Zeitung „Das Volk“ mit der Ueberschrift „Noblesse oblige“. In meiner Eigenschaft als Mitglied der Deutschen Adelsgenossenschaft versuchte ich meinen Standesgenossen klarzumachen, daß es den Adel heillos kompromittieren müsse, wenn gerade seine reichsten Mitglieder sich weigerten, einen ihrem Einkommen entsprechenden Anteil zu den allgemeinen Lasten beizutragen. Noch sprach ich durchaus nicht etwa als Gegner des Adels, sondern als beforgter Freund, als Mitglied der Kaste.

Schon fuhr ich ab. Im Herrenhaus gab es einen Sturm über meinen Artikel. Der Herzog von Trachenberg, der Graf von der Schulenburg und andere Feudale fielen über mich her, indem sie mich abwechselnd als Sozialdemokraten und als Anarchisten kennzeichneten.

**Ein Maß der preussischen Regierung erging nach Schleswig, der mir unter Androhung schärfster Maßregeln jede weitere öffentliche Schreibetätigkeit untersagte.**

Als abhängiger Regierungsbeamter mußte ich mich natürlich fügen. Mit innerer Genugtuung aber vermerkte ich, daß bei einer späteren Abstimmung das Herrenhaus die 4 Proz. doch schluckte. Freunde aus dem Finanzministerium versicherten mir, ein Teil der Herren sei umgefallen, weil ihnen meine Kritik zu sehr auf die Nerven gegangen sei.

Trotz des Fortschritts der Riquelschen Steuergesetzgebung blieb die Steuerzahlung noch immer von höchster Ungerechtigkeit. Die Art der Steuereinschätzung korrigierte nämlich die Steuergesetze zugunsten der Großgrundbesitzer. Vorsitzender der Steuereinschätzungskommission war der Landrat. Er war in ganz Ostpreußen ausnahmslos konservativ, also Parteigenosse der Großgrundbesitzer, fast ausnahmslos adlig (von je 28 Landräten waren in Brandenburg 22 adlig, in Pommern 25), fast ausnahmslos auch der Freund oder Vetter und Jagdgast der Rittergutsbesitzer seines Kreises. Da sollte er deren Steuererklärungen beanstanden.

Natürlich hätte es diesen Steuererklärungen ja meist getan. Die Großgrundbesitzer hatten nämlich eine eigenartige Methode der Berechnung der abzugsfähigen Ausgaben: Kosten des Partes, der Reit- und Kutschperde, der Jagd, der Haushälter und Gouvernanten — alles schien ihnen notwendige Betriebsausgaben. Würden die sehr stark nach oben abgerundeten abzugsfähigen Ausgaben und die stark nach unten abgerundeten Einnahmen gegeneinander abgewogen, so ergab die Schlussrechnung oft 0,0, wenn nicht gar ein Minus. Wobei die armen Teufel aber gar nicht schlecht, sondern durchaus „standesgemäß“ weiterlebten.

Graf Tschirsky-Renard hatte in meiner Heimatprovinz Schlesien eine herrliche Besetzung mit einer Jagd, die so gut war, daß sogar der Kaiser eine Einladung dahin annahm. Natürlich mußte das Schloß für den hohen Besuch gebührend hergerichtet und besonders eine des Allerhöchsten Herrn würdige Bodekammer eingerichtet werden.

**Der Scherz kostete 20 000 M. Aber Einkommensteuer zahlte der Herr Graf nicht.**

Der Einkünftekommission wies er nach, daß er nicht einmal 900 M. Einkommen hatte. Seine Diener, Kutscher, Gärtner, Förster mußten sämtlich Einkommensteuer zahlen. Die hatten ja auch Einkommen.

Die Junker hatten bei ihrer von den Behörden gebildeten Steuerdrückberei ein erlauchtes Vorbild. Ihr weitaus größter Standesgenosse, Fürst Bismarck, war das Muster eines steuerunwilligen Ritbürgers. Als ich im Kreise Herzogtum Pommern den Vorsitz in der Steuereinschätzungskommission übernahm, lautete die erste Instruktion, die mir mein Landrat von Dolega-Kojerowski gab: „Bismarcks Steuererklärung darf nicht beanstandet werden! Sie ist sehr niedrig und sehr dürftig, aber. . .“

Bismarck sah nicht nur durch ein riesenstarkes Verkleinerungsglas, wenn er sein Einkommen angab, er benutzte auch seine amtliche Allmacht, um alle ihm unangenehmen Steuern sich vom Leibe zu halten. Da ich als Regierungsdirektor in Rügenburg ihn sozusagen zu „regieren“ hatte, konnte ich mich atmenmäßig davon überzeugen, mit welcher Eleganz er Kreissteuer, Grundsteuer, Schulabgaben und Soziallasten von sich abzuschütteln wußte. Noch 1890, unmittelbar vor seinem Sturz, verhinderte er, daß Riquel ein fix und fertiges Steuergesetz dem Landtag vorlegte, weil er sich hatte berechnen lassen, daß er dadurch mehr Steuern zu zahlen haben würde als vorher. Das wollte er um keinen Preis, obwohl er bei seinem Rieseneinkommen (neben gewaltigem Barvermögen und hohem Gehalt verfügte er über die drei herrschaftlichen Friedrichsrub, Barzin und Schönhausen) einen höheren Prozentsatz der Einkommensteuer hätte zahlen können, ohne sich Entbehrungen auszusuchen.

Wenn es so am grünen Holze Bismarcks ausfiel, so kann man sich vorstellen, was an den dürren Ästen der Durchschnittsjunker wuchs.

Und heute?

Ein einziges Beispiel will ich herausgreifen. Im Kreise Köslin gibt ein Namensvetter von mir, Herr August v. Gerlach. Er ist das Haupt der sogenannten älteren Linie, die einmal in der „Kreuzzeitung“ feierlich feststellte, daß sie erheblich älteren Adels als meine Familie sei und mit mir nichts zu tun habe. Dieser August v. Gerlach besitzt folgende Güter:

Barfom . . . . .	730 ha
Schwemmin . . . . .	800 „
Drosedow . . . . .	1310 „
Trienke . . . . .	1650 „
Stadtgut Köslin . . . . .	130 „

Zusammen sind das 4550 Hektar oder 18 200 Morgen, also ein stattlicher Besitz. Trotzdem mußte ich 1927 feststellen, daß dieser offenbar sehr notleidende Agrarier

**nicht in der Lage war, auch nur einen Pfennig Einkommensteuer zu zahlen**

— ein Schicksal, das er übrigens mit seinen Nachbarn von Kameke-Rarzig, von Sprenger-Rassow und Graf Herberg-Bizler teilte.

War der Boden in Barfom so miserabel, daß nichts herausgewirtschaftet werden konnte? Offenbar nicht, denn

**die sechs Bauern, die in demselben Orte ihren Besitz hatten, zahlten jeder von seinen 54 Morgen je 108 M. Einkommensteuer.**

Ich hatte keinen Grund, die Ehrlichkeit der Steuerklärung des Herrn August v. Gerlach anzuzweifeln, wenn ich mich auch wunderte, daß er trotz seiner negativen Einnahmen in der Lage war, jedem seiner Tagelöhner eine deutschsprachige Zeitung gratis zu halten. Allen Grund aber habe ich, an der Wirtschaftlichkeit eines Betriebes zu zweifeln, der trotz seiner gewaltigen Größe dem Staat nicht die kleinste Einkommensteuer einträgt.

**Stellt man sich auch nur die Hälfte des Gerlachschen Besitzes als parzelliert unter Bauern à 50 Morgen vor, so hätte das dem Reich im Jahre 1927 nicht weniger als 17 600 M. Einkommensteuer erbracht.**

Die Großgrundbesitzer waren immer (nur vom Durchschnitt ist natürlich die Rede) die schlechtesten Steuerobjekte für den Staat und sind es bis heute geblieben. Für ihn sind sie nicht produktives, sondern freessendes Kapital. Früher subventionierte er sie durch Zuckerprämien und Branntweinbelegungen, heute „sanziert“ er sie mit der Osthilfe und anderen Bargeschenken. Hunderte von Millionen Steuergelder sind schon in die Rettungsaktion für den Osten hineingesteckt worden. Statt damit lebensfähige Bauernsiedlungen zu schaffen, hält man fast nur lebensunfähigen, weil überlebten Großgrundbesitz künstlich am Leben.

Heute regieren wieder die Barone, genau wie zu den Hohenzollernzeiten.

Wer sie mit ihrer Steuerpolitik zugunsten der Großen und zum Schaden der Kleinen an der Herrschaft erhalten will, der braucht nur am 31. Juli einen Stimmzettel für Hugenberg oder Hillebrand abzugeben.

# Gespräch am Breitenbachplatz

## Belauscht von Georg Schwarz

Der Breitenbachplatz, das Einfallstor zu Berlins wohlhabendstem Villenviertel, hat in den letzten zwei Jahren ein sehr großstädtisches Gesicht bekommen. Vornehme oder wenigstens vornehmende Päden sammeln sich um sein Rand, ein starkgegliederter, schmuckloser, nur durch breite Glasfronten und seine kupfrig schimmernde Hinterwand gezierter Zwergebau, das von Max Taut errichtete Verwaltungsgebäude der Reichsnappschafft, schließt den Platz gegen die Stadt hin ab. Der Bau soll eine Million Mark gekostet haben; das entsprach, auf das einzelne Mitglied der Knappschafft umgelegt, während eines Jahres einem monatlichen Beitrag von zehn Pfennig; also gewiß kein tollkühner Luxus für das Bürohaus sämtlicher öffentlich-rechtlicher, von Arbeitern und Unternehmern gemeinsam verwalteter Versicherungsanstalten sämtlicher im deutschen Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

Als Schlagahneschloß auf dem torienbunten Kreis des Breitenbachplatzes hat sich neuerdings auch eine elegante Caféditorie mit einem Dachgarten aufgetan. Unter bunten Sonnenschirmen sitzen, Kaffee trinken, den bekannt guten Kuchen des renommierten Konditors essen, über die Strahlen und Alleen hinwegsehen, in denen viel Prominenz wohnt — Brigitte Helm etwa und Reichsaussenminister a. D. Rosen —, das ist das richtige Plätzchen für die zahlungsfähigen Unwohner.

Hier stoßen drei Berliner Verwaltungsbezirke zusammen: Wilmersdorf, Dahlem und Steglitz. Die vierstöckigen Mietshäuser des Steglitzer Pensionopolis sind in Wahlzeiten über und über mit Hakenkreuzfahnen tapeziert, in Dahlem sagt man — wenn überhaupt — schlicht Hugenbergsch schwarzweißrot. Dah von der eleganten Kaffeehausplattform auch der „Stempelblock“ der Künstlerkolonie zu sehen ist, stört gerade zur Wahlzeit. Die Schauspieler und Schriftsteller, die er beherbergt, sind heutzutage bestenfalls Gelegenheitsarbeiter und schlagen in unverschämte knalligen Rot. Kein anderes Haus hier, soweit das Auge reicht, wird sonst noch von dieser provokant eindeutigen Farbe geschändet.

Unter einem der bunten schiden Schirme, bei Erdbeerreis den eben geschilberten Fern- und Ausblick genießend, sah da auch einmal ein älterer Herr mit gepflegtem weißen Spitzbart. Er sah ganz nach einem der gelehrten Pensiongäste des Harnack-Hauses aus, und wäre mir nicht weiter aufgefallen, wenn er sich nicht mit seinem Begleiter, anscheinend ein Student und kein Cicero, mit lauter und gehässig scharfer Stimme unterhalten hätte. Beiden hatte wohl das vergoldete Emblem auf der hochragenden Fahnenstange des Reichsnappschaffthaus in die Augen gestochen (ein bergmännisches Wahrzeichen, zwei getraute, kurzstielige, breitköpfige Grubenhämmer, sogenannte Häufel), denn sie schnurrten schon eine ganze Weile im Wechselgejang: „Unmöglich! Unmöglich! Lächerlich! Haus des Bergarbeiterverbandes, ausgerechnet hier! Als ob es am Breitenbachplatz Bergleute gäbe! Schweinewirtschaft! Bonzenjett! Bald ausgeräuchert werden!“ und dergleichen mehr.

So ungebildet können eben nur Gebildete sein, wäre man mit dem Zitat aus dem Kollektivstück „Die Raufelle“ den beiden am liebsten ins Gesicht gefallen. Den Bergarbeiterverband, die freie Gewerkschaft der Bergarbeiter, mit der Reichsnappschafft zu verwechseln! Der Bergarbeiterverband wohnt völlig schmucklos in einem

Hinterhaus im Bochumer Arbeiterdortel. Die Reichsnappschafft, als die zentrale Körperschaft für ganz Deutschland, gehört nach Berlin.

Aber in Deutschland braucht eben weder ein Gelehrter noch ein Student von den einfachsten Tatsachen der Arbeiterbewegung und des Arbeiterkampfes etwas zu wissen.

\* \* \*

Vom schönen Reichsnappschafftsgebäude ein paar Blide in das Kumpeldasein, wie es sich fern vom Breitenbachplatz abspielt, zu tun, wäre für solche Intellektuellen sehr von Nutzen.

Wenn die studierten Blide zum Beispiel nur auf ein paar Zahlen aus den Veröffentlichungen über das Grubenarbeiterelien in Preußen ruhen wollten. Danach verunglückten im Jahre 1923 von 847 577 Bergleuten 55 082, von tausend fast 65 Mann.

Mit fortschreitender Rationalisierung und dem Abbau der Belegschaft (der begann schon lange vor der Krise!) hatte sich das trübe Bild im Jahre 1929 noch mehr zu seinen Ungunsten verschoben. Da entfielen auf eine Belegschaft von 600 588 Bergleuten 128 644 Unfälle, das sind über 214 Verunglückte unter 1000 Grubenarbeitern.

Der eiserne Bergmann, der die Unfallziffer so in die Höhe treibt, nimmt aber auch von je drei Bergleuten einem das Brot weg. Mit den Preklust-, Abbau- und Bohrhammern fördern heute zwei Bergleute soviel Kohle wie drei im Jahre 1913. Die Arbeitszeit ist ihnen natürlich nicht verkürzt worden, obgleich die Maschinenarbeit ungleich anstrengender ist als die alte Handarbeit. Und im Ruhrgebiet allein arbeiteten 1927 schon 65 447 dieser Abbauhämmer! (1913 waren es erst 230.)

Rationalisierung und lebensgefährliche Anstreiber sind unzertrennliche Zwillinge. Für die Sicherung von Leben und Gesundheit hat niemand Zeit. Dafür aber wird auf strammem Kabovergehoram gehalten. Das Gericht verurteilte einen Grubenlokomotivführer, der sich gegen eine tätliche Beleidigung seines Fahrstiegers zur Wehr setzte, zu einem Monat Gefängnis und 20 M. Geldstrafe, mit der Begründung, daß man bei dem gefährlichen Leben unter Tag auf straffe Disziplin nicht verzichten könne, selbst wenn von Vorgelegten keine Uebergriffe vorkämen.

Oder ein anderer Fall, von dem die Ruhrpresse berichtete: Ein Mitglied des Betriebsrats vor der Zeche de Wendel kontrolliert die Reviere. Er entdeckt einige Mißstände, die er pflichtgemäß in das Jahrbuch des Betriebsausschusses einträgt, mit der Bemerkung, die Vernachlässigung des Reviers erwecke den Eindruck, man wolle den Füt bald ganz zumachen und frage wenig danach, ob noch ein paar Kumpel dort gruben würden oder nicht.

Was bemerkt diese Mahnung? Der unbehagliche Mann fliegt fristlos auf die Straße, Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht weisen keine Klage auf Wiedereinstellung kostenpflichtig ab. Die ganze Sache aber hat, so alltäglich wie sie ist, doch noch ein interessantes Nachspiel. Es ist jetzt bekannt geworden, daß wirklich die Zeche de Wendel stillgelegt werden soll.

\* \* \*

Gebildete Herren aber kennen den Unterschied zwischen Gewerkschaft und Sozialversicherung nicht und halten wohl auch alle diese anderen Kleinigkeiten nicht für unwichtig!

